



STANDPUNKT

Mehr Leben bitte.

focus 4/19

Juni



Alice Hollenstein

Stv. Managing Director CUREM,
Universität Zürich und
Gründerin von Urban Psychology Consulting & Research

Die meisten Städte wollen das Gleiche: Vielfalt, Identität, Lebendigkeit, Nachhaltigkeit... Doch ein gut gemeintes Leitbild oder eine gute Gestaltung sind noch keine Garantie, dass an einem bestimmten Ort die erwünschten Nutzungen stattfinden.

Hier bietet die urbane Psychologie mit ihren Theorien und Methoden eine wertvolle Hilfestellung. Sie fordert die Umkehrung der modernistischen Planung: Erst das Verhalten der Menschen an einem Ort zu verstehen, dann den öffentlichen Raum, und am Ende die Gebäude darin entsprechend zu gestalten – statt umgekehrt.

Um das Ziel lebendiger Innenstädte zu erreichen, bedeutet dies, sich in einem ersten Schritt Gedanken zu machen, was man darunter genau versteht. Im Falle der Lebendigkeit kann dies beispielsweise die Anzahl Personen mal deren Aufenthaltsdauer sein. Möchte man die Lebendigkeit fördern, hat man somit zwei Stellschrauben. In einem zweiten Schritt kann man Informationen sammeln: Wie viele Passanten sind an dem Ort realistisch? Welches sind Ihre demografischen Eigenschaften? Was tun sie da? Was würden sie allenfalls gerne da tun? Damit schafft man

eine Grundlage für eine evidenzbasierte Entwicklung. Immer wieder erlebe ich, dass an eher peripheren Lagen in romantischer und guter Absicht kleine Cafés und Shops geplant werden. Oft mit dem Resultat leerstehender Erdgeschossflächen. Sammelt man hingegen genügend Informationen vorab, können solche Fehlplanungen meist vermieden und der wertvolle Boden sinnvoller genutzt werden – beispielsweise für Erdgeschosswohnungen mit einladenden Vorgärten, die ebenfalls für Lebendigkeit sorgen.

Als Handlungsempfehlung für lebendige Städte scheinen mir drei Punkte wichtig: 1. Das Potential öffentlichen Lebens realistisch einzuschätzen – hierzu haben wir mittlerweile zahlreiche Datenquellen und Modellierungsmöglichkeiten. 2. Städtisches Leben am besterschlossenen Ort zu konzentrieren – die publikumswirksamen Nutzungen zu den Leuten zu bringen statt umgekehrt. 3. Auf eine menschenfreundliche Gestaltung im Detail zu achten: Hierzu zählt zum Beispiel, dass man den Menschen die Möglichkeit gibt, etwas zu tun (wenn nicht shoppen dann z.B. joggen, tanzen, musizieren, Fussball schauen etc.). Oft passiert etwas, weil etwas passiert: ein Musiker spielt Gitarre, die Passanten bleiben stehen und schauen. Häufig sind regulierende bzw. deregulierende Interventionen effektiver als bauliche. Sie schaffen Freiräume für menschliches Leben.

Liebe Leserin, lieber Leser

Digitalisierung und Online-Handel verändern unsere Innenstädte fundamental und die Diskussion über die darbedingenden Zentren klingt wieder an. Die Städte sind aufgerufen, neue Ansätze zu entwickeln und Spielräume auszuloten. Handeln ist gefragt, Schwarzmalerei aber fehlt am Platz. Der Strukturwandel birgt durchaus Potenzial und wir erleben eine wachsende Lust am öffentlichen Raum.

Der diesjährige Städtetag in Chur zeigt, wie Städte erfolgreich Strukturen einer Ökonomie der Nähe bewahren und die Attraktivität ihrer Innenstädte in engem Austausch mit Gewerbe, Kultur und Gastronomie steigern können. Sorgfältig kuratierte Angebote beleben den Stadtraum und Pop-up-Aktionen erwecken manch brachliegende Ecke zu neuem Leben. Auch die jüngste Ausgabe des «focus» ist dem Thema gewidmet.

Wir wünschen eine gute Lektüre!

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Mit Kreativität und Unkompliziertheit finden wir neue Modelle»


Urs Marti
Stadtpräsident Chur

Urs Marti (FDP) amtiert seit 1. Januar 2013 als Stadtpräsident von Chur und ist zuständig für das Departement Finanzen Wirtschaft Sicherheit. Seit dem Jahr 2000 politisiert Urs Marti zudem im Grossen Rat des Kantons Graubünden und engagiert sich in dessen Geschäftsprüfungskommission. Vor seinem Amtsantritt war er als selbständiger Immobilienreuhänder tätig. Während dieser Zeit übte er zahlreiche Verwaltungsratsmandate aus wie z.B. Präsident der Hochschule für Wirtschaft Zürich (HWZ), VR-Mitglied SUVA und VR AHV Fonds Genf. Urs Marti ist 52-jährig, verheiratet und Vater zweier Töchter.

Chur ist die älteste Stadt der Schweiz. Der Altstadt-Verein wirbt mit dem Slogan «Wir sind neuer als du denkst». Was hat sich in den letzten Jahren denn in Chur verändert?

Chur veränderte sich in den letzten Jahren markant. Für Fussgänger wurde die Innenstadt attraktiver gemacht. Die Bahnhofstrasse wurde vollständig erneuert und ist heute eine breite Boulevardstrasse zwischen Bahnhof und Altstadt. Die Stadtbibliothek ist als eine der modernsten Bibliotheken neu in der alten Post eingezogen. Viele Aktivitäten bereichern Wochenende für Wochenende die Churer Altstadt. Die Sportanlagen stehen mitten in einer umfassenden Erneuerung. Ein grosses neues Schulhaus ist in Planung, genauso wie eine neue Bergbahn. Das Kasernenareal soll neu geplant werden und eine Hochhauszone wurde geschaffen. Die Hochschule erhält einen neuen Campus und die Erschliessung von Chur wird dauernd optimiert. Ja, sogar Türme werden professionell bemalt und verschönern unsere Stadt. Chur wird aufgeschlossen und modern wahrgenommen.

Welche konkreten Schritte unternimmt Chur zur Belebung der Stadt?

Die Aktivitäten in Kultur, Märkten und Events in der Altstadt wurden in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Die Altstadt ist sehr belebt und beliebt. Dort, wo Gebäude einen anderen Verwendungszweck bekommen, wie beispielsweise die alte Stadtbibliothek im

Haus zum Arcas, wird in öffentlichen Mitwirkungsverfahren und Wettbewerben nach einer neuen Nutzung gesucht und breit diskutiert. An der Altstadt partizipieren daher viele Bevölkerungsgruppen.

Der Strukturwandel erfordert neue Lösungen. Welche Ansätze der Grossstädte funktionieren in einer mittelgrossen Stadt wie Chur, welche nicht?

Grundsätzlich haben alle Städte ähnliche Fragestellungen, da der Internethandel zu gewissen Verschiebungen führt. Kleinere und grössere Geschäfte verspüren in diesem Zusammenhang auch das veränderte Kundenverhalten. Überall dort, wo grosse und mittelgrosse Städte mit Kreativität und Unkompliziertheit den Veränderungen begegnen, werden neue Modelle gefunden. So sind Pop-up-Stores oder Umnutzungen in gemischte Gebäude mit Gewerbe und Wohnen, die kreative Produkte anbieten, gefragte Optionen. In Chur sind das zum Beispiel die Umnutzung der Strafanstalt in eine gemischt genutzte Liegenschaft oder das Haus der Chöre, das Einheimischen und Gästen nach einer Umbauphase für Chorproben oder Konzerte zur Verfügung stehen soll.

Wie einfach ist es in Chur, Pop-up-Bars oder andere Zwischennutzungsprojekte umzusetzen?

Der Bedarf nach Flächen zu bezahlbaren Preisen und die Bereitschaft zur Umsetzung sind vorhanden. Das Problem ist also vielmehr,

dass die Preise hier und da noch zu hoch sind, um Pop-up-Lösungen zu bekommen.

Braucht es heute mehr Animation als früher, um die Bevölkerung in die Stadt zu locken?

Nein. Das Angebot ist so vielfältig, dass wir nicht mehr aufwenden müssen als früher. Wir müssen heute aber über das Internet diverse Informationsplattformen bespielen. Es ist kurzfristiger und intensiver geworden.

Die nächtliche Sperrstunde ist in Chur früher angesetzt als in anderen Städten. Widerläuft dies nicht den Bemühungen, die Stadt zu beleben?

Wir suchen den Ausgleich zwischen Leben und Wohnen. In gewissen Gebieten gibt es keine Polizeistunde. Die Altstadt ist in unterschiedliche Lärmschutzzonen eingeteilt. Die heutige Lösung ist breit getragen. Das funktioniert aber nur, weil keine Gruppierung einseitig nur Vorteile hat.

Wie sieht Chur in 20 Jahren aus?

Ich glaube, dass Chur das pulsierende Zentrum, das urbane Graubünden darstellen wird und von Jung und Alt belebt, genutzt und geliebt wird. Chur bleibt vielseitig zum Leben und Wohnen. Die Stadt beheimatet gute Bildungsinstitute, ist digital modern und die nördlichste mediterrane Stadt Europas und damit die südlichste Stadt mit mediterranem Flair in Nord-europa. Vielseitig kulinarisch, kulturell reich.

THEMA

Öffentliche Räume der Stadt Zürich vielfältig weiterentwickeln

Mit der Strategie «Stadträume Zürich» hat der Stadtrat bereits 2006 ein Zielbild für den öffentlichen Raum festgelegt, welches im Rahmen der Werterhaltung der Infrastruktur umgesetzt wird. Diese ist nach wie vor aktuell, jedoch fordert die Dynamik der Verdichtung auch Konzepte, die innerhalb kürzerer Frist Aufwertung und Aneignung ermöglichen.



Jacqueline Parish

Leiterin Konzepte und Planungen, Tiefbauamt Stadt Zürich, Kommission Zentrum öffentlicher Raum ZORA



Jasmin Dallafior

Leiterin Grundlagen und Strategien, Tiefbauamt Stadt Zürich

Durch die Verdichtung der Städte werden die vorhandenen Räume intensiver genutzt. Erholung, Bewegung und Aufenthalt spielen sich zunehmend auch jenseits der Parkanlagen ab. Sofern sie als qualitativ hochwertige Bewegungs- und Aufenthaltsräume genutzt werden können, kommen zunehmend auch Platz- und Strassenräume in den Fokus. Ebenso müssen brachliegende Flächen konsequent genutzt und bestehende Freiräume multifunktional bespielt werden.

Auch die Stadt Zürich wächst. Bis ins Jahr 2040 rechnet die kommunale Richtplanung mit einer Bevölkerungszunahme um 100'000 auf gut eine halbe Million Menschen. Aktuelle Auswertungen des Bundesamts für Raumentwicklung zum Verkehrsverhalten in der Schweiz nach Dichte-Indikatoren zeigen zudem, dass in den grossen Städten insbesondere der Fussverkehr mit der Verdichtung zunimmt.¹ Entsprechend dieser prognostizierten Entwicklung gewinnt der Ausbau und die Benutzbarkeit des öffentlichen Raums für das Gehen und den Aufenthalt an Bedeutung.

«Öffentliche Stadträume leisten einen entscheidenden Beitrag zur Lebensqualität einer Stadt.»

Öffentliche Stadträume leisten einen entscheidenden Beitrag zur Lebensqualität einer Stadt. Sie haben vielfältige Funktionen zu erfüllen und verschiedenen Ansprü-

chen unterschiedlicher Nutzengruppen gerecht zu werden.² Im Folgenden werden zwei Projekte beschrieben, die für zwei ganz unterschiedliche Entwicklungskonzepte stehen: die Sanierung und der Neubau des Hardplatzes und das Testen von neuen Aneignungsformen beim Dammsteg.

Neubau und Sanierung der Infrastruktur – am Hardplatz

Der Hardplatz hat 2017 durch die verlängerte Tramlinie 8 vom Kreis 4 über die Hardbrücke nach Zürich-West eine neue Bedeutung im städtischen Netz erhalten. Der Platz ist keine Tramenschleife mehr, sondern eine Haltestelle der neuen Tramverbindung wie auch ein Platz mit regional-stadtweiter Ausstrahlung. Dieser Umbau erfolgte im Sinne der Strategie und der Standards «Stadträume Zürich». Diese Strategie setzt den Grundsatz, dass bei der Sanierung und dem Neubau der Infrastruktur die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums durch eine Zürich typische Gestaltung verbessert werden soll.³ Die Hardstrasse und die Topographie des Geländes unterteilen den Hardplatz in Teilbereiche. Entsprechend wird er kaum als Einheit wahrgenommen. Dabei schaffen mehrere Bauminselfen mit Bäumen und Bänken vielfältige Aufenthaltsorte. Grundsätzlich ist die Materialisierung mit Standard-Elementen ausgeführt.

2018 erhob das Tiefbauamt die Qualität und Nutzung des Hardplatzes. Die Gesamtzufriedenheit liegt bei 83 Prozent der Befragten bei zufrieden bis sehr zufrieden. Vor allem die Gestaltung und die Bepflanzung des Hardplatzes werden von den Befragten meist positiv bewertet. Der Wunsch nach mehr Grün wird aber auch hier, wie schon bei anderen bisher untersuchten Plätzen in Zürich, geäussert.

Programm Piazza Pop-up – am Dammsteg

Projekten wie dem Hardplatz gehen langjährige Planungsprozesse voraus. Piazza Pop-

up ist ein seit 2018 laufendes Pilotprojekt des Tiefbauamtes der Stadt Zürich, das zum Ziel hat, wenig oder gar nicht genutzte öffentliche Räume schnell und unkompliziert bespielen zu können. Fallweise werden auch lokale Partnerinnen und Partner einbezogen. Die Möblierung umfasst Sitzbänke und -quader, Sitzsäcke, Tische, Klappstühle und bepflanzte Tröge, die keine Fundamente benötigen. Neue Nutzungsformen und mögliche Aneignungen können so getestet werden. Auf einer Brache an der Limmat wurden 2018 diese temporären Elemente aufgestellt. Zahlreiche Rückmeldungen via Email und eine Befragung mit Abstimmungsgeräten zeigen, dass die Elemente einen neuen Aufenthaltsort und neue Raumnutzung an diesem attraktiven und stark genutzten Flussraum ermöglichen: Der Raum wird nicht nur zum Essen und Verweilen, sondern auch für mobiles Arbeiten und kleine Feiern genutzt.

«Das praxisbezogene Erproben von Nutzungen scheint ein vielversprechender Planungsansatz zu sein, der die freie Aneignung fördert.»

Die beiden Fallbeispiele zeigen zwei unterschiedliche Entwicklungskonzepte: die eines längerfristig geplanten Umbaus und die kurzfristige Umnutzung im bestehenden öffentlichen Raum. Das Programm Piazza Pop-up soll auf experimentelle Weise Potenziale ausloten und erproben – und kann zudem, wenn es sich an einem Ort nicht bewährt, mit wenig Aufwand verändert oder ganz abtransportiert werden. Das praxisbezogene Erproben von Nutzungen scheint ein vielversprechender Planungsansatz zu sein, der die freie Aneignung fördert und der gegenwärtigen Dynamik der Verdichtung gerecht wird.

¹ www.are.admin.ch

² Seit 2007 führt das Tiefbauamt der Stadt Zürich jedes Jahr vor Ort Erhebungen zu den Qualitäten aufgewerteter und umgestalteter Stadträume durch. Zweck der Erhebung ist es, die Zufriedenheit der Nutzerinnen und Nutzer zu eruieren und herauszufinden, ob die angestrebten Gestaltungs- und Nutzungsziele sowie die strategischen Ziele im Sinne der Strategie Stadträume Zürich erreicht werden konnten.

³ www.stadt-zuerich.ch

POLITIK

Rückblick auf die Sommersession

Der Städteverband blickt auf eine erfolgreiche Sommersession zurück. Die Reform des Finanz- und Lastenausgleichs (NFA) ist unter Dach und Fach gebracht und Gemeinden dürfen auf Hauptverkehrsachsen innerorts weiterhin Tempo-30-Zonen aus Lärmschutzgründen einführen.

Finanz- und Lastenausgleich reformiert

National- und Ständerat haben sich auf eine Anpassung des Finanz- und Lastenausgleichs (NFA) geeinigt. Es handelt sich um einen vom Städteverband unterstützten Kompromiss, den die Kantone unter sich und mit dem Bund ausgehandelt haben. Die Gebirgskantone werden dadurch entlastet, die Nehmerkantone erhalten eine gesetzlich garantierte Mindestausstattung. Auch der Bund spart dabei Geld. Diese Mittel sollen aber im System bleiben: 140 Millionen Franken sollen während einer Übergangszeit zur Unterstützung der Nehmerkantone verwendet werden. Mit dem gleichen Betrag wird der sozio-demografische Ausgleich aufgestockt. Das Geld kommt den Städten zu Gute.

Tempo-30-Blockade verhindert

Gemeinden sollen auf Hauptverkehrsachsen innerorts weiterhin Tempo-30-Zonen einführen dürfen, auch aus Lärmschutzgründen. Der Ständerat will keine Einschränkung. Er hat die Parlamentarische Initiative Rutz

«Den Verkehrsfluss auf Hauptverkehrsachsen nicht verunmöglichen» abgelehnt. Der Vorstoss hätte die Gemeindeautonomie eingeschränkt und ein effizientes Instrument für den Lärmschutz und zur Verstetigung des Verkehrs verboten. Mit dem Nein der kleinen Kammer ist das Geschäft erledigt.

Aggloprogramme: Entscheid verträgt

Der Nationalrat hält bei den Agglomerationsprogrammen an der Umfahrung Oberburg bei Burgdorf im Kanton Bern fest. Der Ständerat hatte sich zuvor dagegen ausgesprochen, weil das Projekt noch nicht ausgereift ist. Wegen dieser Differenz verzögern sich die Leistungsvereinbarungen für die übrigen 34 Agglomerationsprogramme bis im Herbst. Da weitere Projekte gestrichen wurden, stehen für Ausbau, Betrieb und Unterhalt des Nationalstrassennetzes nun insgesamt 13,8 Milliarden Franken zur Verfügung. Für den Ausbau der Bahninfrastruktur will das Parlament 12,89 Milliarden Franken ausgeben. Der Ständerat hat die letzten Differenzen zum Ausbauschnitt 2035 ausgeräumt und entschieden, die Bahnhöfe Winterthur Gröze Nord und Thun Nord ebenfalls zu finanzieren.

Abzüge für die externe Kinderbetreuung

Lassen Eltern ihre Kinder extern betreuen, sollen sie künftig bei der direkten Bundessteuer statt 10 100 Franken bis zu 25 000

Franken abziehen können. Beide Räte haben dem höheren Abzug für die Kinderbetreuung zugestimmt. Der Ständerat ist jedoch dagegen, zusätzlich den allgemeinen Kinderabzug von 6500 Franken auf 10 000 Franken zu erhöhen. Mit dieser Differenz geht die Vorlage zurück an den Nationalrat.

Motion zum Pflegematerial überwiesen

Das Parlament verlangt vom Bundesrat, dass das Pflegematerial wieder von den Krankenkassen vergütet wird. Wegen eines Entscheids des Bundesverwaltungsgerichts müssen Krankenkassen Pflegematerial wie Wundverbände oder Spritzen nicht mehr separat vergüten. Die Kosten bleiben an Pflegeheimen, Spitexorganisationen und letztlich an Kantonen oder Gemeinden hängen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion oppositionslos angenommen. Der Städteverband begrüsst diesen Entscheid.

Ständerat für 2 Wochen Vaterschaftsurlaub

Beim Vaterschaftsurlaub wählte der Ständerat den Kompromiss: Er sprach sich für den indirekten Gegenvorschlag und somit für zwei Wochen Vaterschaftsurlaub aus. Vier Wochen, wie es eine Volksinitiative fordert, sind dem Rat zu teuer. Der Städteverband befürwortete in der Vernehmlassung ebenfalls den indirekten Gegenvorschlag. Als nächstes beschäftigt sich der Nationalrat mit der Initiative.

Vernehmlassungen

Städteverband verlangt praxistaugliche Definition von Gewerbeabfall

Die seit dem 1. Januar 2019 gültige Definition von Siedlungsabfällen aus Unternehmen bewährt sich in der Praxis nicht. Um beurteilen zu können, ob die Betriebsabfälle eines Konzerns zum Monopolauftrag der Stadt gehören oder nicht, müssen die Städte systematisch und wiederkehrend die Struktur des Unternehmens und die Organisation von dessen Abfallentsorgung erfassen und auswerten. Da sich Firmenstrukturen laufend ändern, wird dies für die Städte zur Daueraufgabe. Für den Städteverband ist diese Lösung praxisfremd, der administrative Aufwand für die Städte enorm und daher nicht akzeptabel. Der Städteverband

verlangt daher in der laufenden Revision der Abfallverordnung VVEA, dass für die Beurteilung der Monopolzugehörigkeit die Anzahl Vollzeitstellen eines Unternehmens auf Gemeindegebiet gelten und sich Unternehmen mit konzernweit einheitlicher Abfallbewirtschaftung nur auf Antrag bei der Stadt aus dem Monopol befreien können.

Städte sagen ja zur Ehe für homosexuelle Paare

Die Städte sprechen sich für eine rasche Einführung der «Ehe für alle» aus. Gemäss dem Vorschlag der Rechtskommission des Nationalrates soll die heutige eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare durch die Ehe ersetzt werden. Der Städtever-

band stimmt diesem Vorhaben geschlossen zu. Die Ablösung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft ist notwendig, weil der Zivilstand per se diskriminierend ist: Gleichgeschlechtliche Paare werden mit der Angabe ihres Zivilstandes indirekt gezwungen, über ihre sexuelle Orientierung Auskunft zu geben. Neben dieser Kernvorlage, die die Einführung der «Ehe für alle» beinhaltet, schlägt die Kommission eine Zusatzvariante vor, die lesbischen Paaren den Zugang zur Samenspende ermöglicht. Die Städte sprechen sich auch für die Annahme dieser Zusatzvariante aus.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Smart City: Stakeholderanalyse verschafft Überblick über Aktivitäten der Städte

Wo stehen Schweizer Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Smart City? Und welche Akteure nehmen welche Rolle ein? Die «Stakeholderanalyse Smart City Switzerland» gibt Antworten auf diese Fragen: Smart City-Strategien sind bei einem Drittel der an der Studie beteiligten Städte und Gemeinden vorhanden, ein weiteres Drittel ist daran, eine Strategie zu erarbeiten. Am stärksten verbreitet sind Aktivitäten in den Bereichen «Smart Environment», «Smart Government» und «Smart Mobility». Nachholbedarf gibt es noch bei «Smart Economy», «Smart People» und «Smart Living». Die Erfolgsfaktoren auf dem Weg zu einer Smart City sind die Vernetzung inner- und ausserhalb der Stadt oder Gemeinde, Plattformen für den Datenaustausch, eine Strategie und die politische Unterstützung. Als Hürden werden das Silodenken sowie Insellösungen identifiziert. Smarte Städte und Gemeinden benötigen deshalb den Austausch, was sich der Städteverband wie auch die anderen Studienpartner – asut, Bundesamt für Energie (mit dem Programm Smart City Schweiz) und Smart City Hub – auf die Fahne geschrieben haben.

www.staedteverband.ch

ISOS und Innenentwicklung: Der Städteverband bringt sich ein

In Umsetzung des Postulates «Schweizer Ortsbilder erhalten» von Nationalrat und Städteverbandspräsident Kurt Fluri sind das Bundesamt für Kultur BAK und das Bundesamt für Raumentwicklung ARE beauftragt, Empfehlungen zu erarbeiten, wie mit den Qualitäten der schützenswerten Ortsbilder von nationaler Bedeutung bei der Siedlungsentwicklung nach innen umgegangen werden kann. Die Vereinbarkeit von Ortsbildschutz und Siedlungsentwicklung nach innen soll auf diese Weise anhand konkreter Beispiele vertieft und allfälliger Handlungsbedarf bezüglich Erhebung und Anwendung des ISOS geprüft werden. Die Empfehlungen werden von einer Arbeitsgruppe erarbeitet. Darin wird auch der Städteverband mitwirken und die kommunalen Anliegen in der Denkmalpflege wie auch in der Raumentwicklung und Planung einbringen.

Digitalisierung der Volksschule: Städte verstärken ihr Engagement

Die Städte verdoppeln in den nächsten fünf Jahren ihr finanzielles Engagement, um die Schulen für die Digitalisierung auszurüsten, wie eine Umfrage der Städteinitiative Bildung zeigt. Während in den letzten fünf Jahren pro Schülerin oder Schüler durchschnittlich rund 600 Franken bereitgestellt wurden, sind es in den nächsten fünf Jahren rund 1600 Franken. Landesweit werden für den digitalisierten Unterricht in den Städten mehr als 200 Millionen Franken bereitgestellt. Die Planung der neuen Infrastruktur verlangt von den Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Städten und Gemeinden aber auch Antworten auf komplexe Fragen. Es braucht eine klare Vorstellung zur Pädagogik, zur längerfristigen Nutzung der Informatiksysteme in den Schulen und einen konsequenten Datenschutz. Die Städteinitiative Bildung hat deshalb ein Themenpapier zur «Digitalisierung in der Volksschule» veröffentlicht.

www.staedteverband.ch

Frühlingsforum der Städtekonferenz Mobilität: Das Velo wirklich ernst nehmen

Eine ernst gemeinte eigene, zwischen Trottoirs und Autospuuren angesiedelte Veloinfrastruktur ist der zentrale Hebel dafür, dass Zweiräder künftig noch mehr zu einer flächeneffizienten Abwicklung des Verkehrs in städtischen Räumen beitragen können. Wichtig ist zudem, dass Velokorridore in Agglomerationen über die Gemeindegrenzen hinweg angelegt werden. Das war der Tenor am Frühlingsforum der Städtekonferenz Mobilität (SKM). «Voraussetzung dafür, dass das Velo weitere Verbreitung findet, ist, dass wir den Menschen Rechnung tragen, die dazu bereit wären, umzusteigen, wenn sie sich sicherer fühlen würden», sagte Alexander Erath, Professor für Mobilität an der Fachhochschule Nordwestschweiz den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Politik und Verwaltung. Die Veranstaltung war der Frage gewidmet, welche konkreten Schritte auf die Verankerung der Velowege in der Bundesverfassung folgen sollen. In einem ersten Schritt will der Bund die Einführung von Velostrassen noch in die laufende Revision der Strassensignalisationsverordnung aufnehmen.

Kurzmeldungen

Parteien widmen sich urbanen Fragen

Urbane Themen rücken stärker auf die Agenden der Parteien. Die CVP veröffentlichte am 11. Juni 2019 ein Positionspapier zur Stadt- und Agglomerationspolitik. Zu den Forderungen gehören unter anderem eine Siedlungsentwicklung nach innen in hoher Qualität, ein fairer Ausgleich der sozialen Lasten und Lösungen für lebendige Innenstädte. Die FDP der Stadt Zürich publizierte gleichentags das Buch «Liberale Antworten auf urbane Fragen». Die Publikation ist für 30 Franken erhältlich.

www.cvp.ch / www.fdp-zhstadt.ch

Schweizer Mobilitätsarena 2019

Über 200 Referentinnen und Referenten informieren und diskutieren an der Schweizer Mobilitätsarena vom 16.-19. September in Bern über Elektromobilität sowie automatisierte und kollaborative Mobilität. Daneben gibt es Einblicke in die Welt der urbanen Mobilität, der City-Logistik, der aktiven und geteilten Mobilität, des Sharings oder des Flug- und Drohnengeschäfts. Erwartet werden rund 1000 Fachleute.

www.mobilitaetsarena.ch

Luzerner Management Forum 2019

Der gesellschaftliche und technologische Wandel fordert auch die öffentliche Verwaltung heraus. Wie kann und soll der Wandel in der Verwaltung gelingen? Das Luzerner Management Forum geht am 31. Oktober 2019 dieser Frage nach, u.a. mit Christian Jott Jenny, Gemeindepräsident von St. Moritz. Der Städteverband ist Partner des Forums.

www.hslu.ch

Gesundheitsförderung im Alter

Die «Gesundheitsförderung Schweiz» unterstützt Projekte in Städten und Gemeinden, die sich der Gesundheit der älteren Bevölkerung widmen, mit bis zu 300 000 Franken. Mit den Projekten sollen z.B. kleinräumige Unterstützungsnetzwerke oder die psychische Gesundheit der älteren Menschen gestärkt, eine ausgewogene Ernährung gefördert oder sozial benachteiligte ältere Menschen erreicht werden.

www.gesundheitsfoerderung.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 2. Juli 2019** **SSV-Info «Zukunft öffentlicher Raum»** in Bern
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 356 32 32, julia.imfeld@staedteverband.ch
- 5./6. September 2019** **Städtetag 2019 «Innenstädte unter Druck»** in Chur
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 29. Oktober 2019** **Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 356 32 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch
- 5. November 2019** **Tagung «Nachhaltige Ernährung in Städten und Gemeinden»** in Zürich
Information: Barbara Brechbühl, Telefon 031 356 32 32, barbara.brechbuehl@staedteverband.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 13. September 2019** **Doppelkonferenz SI Sozialpolitik und SI Bildung «Städte für eine Politik der frühen Kindheit»** in Winterthur / Information: info@staedteinitiative.ch
- 13. September 2019** **Fachveranstaltung KSF «Investitionen»** in Bern
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, karin.christen.@staedteverband.ch
- 26. September 2019** **Save-the-date – 17. Kongress zur urbanen Sicherheit KSSD/SVSP/SKP** in Bern
Information: Christoph Lienhard, Telefon 044 411 70 30, info@kssd.ch
- 11. November 2019** **Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität «City-Logistik?»** in Bern
Information: Paul Schneeberger, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch

Weitere Organisationen

- 3. Juli 2019** **10. Schweizer Fachtagung «Erscheinungsformen von Jugendgewalt – Hintergründe und Präventionsmöglichkeiten»** in Zürich / Information: www.sifg.ch
- 5. September 2019** **Fachtagung «Historische Gärten – Erhalt und Pflege»** in Heiden (Patronat: SSV)
Information: www.vssg.ch
- 12. September 2019** **VSS-Fachtagung «Reise- und Fernbusmanagement in Städten»** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.vss.ch
- 13. September 2019** **Fachtagung «Kulturelle Teilhabe in der Praxis – eine Fachtagung für private und staatliche Förderstellen»** in Solothurn / Information: www.bak.admin.ch
- 16. - 19. September 2019** **Schweizer Mobilitätsarena** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.mobilitaetsarena.ch
- 29. Oktober 2019** **PUSCH-Tagung - Nachhaltige öffentliche Beschaffung: Fokus Kreislaufwirtschaft** in Biel
Information: www.pusch.ch
- 31. Oktober 2019** **6. Luzerner Management Forum für die öffentliche Verwaltung** in Luzern (Patronat: SSV)
Information: www.hslu.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Dominic Blumenthal, Barbara Brechbühl, Karin Christen, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Paul Schneeberger, Martin Tschirren;
Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: zvg; Foto Seite 3: zvg.
Telefon 031 356 32 32, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch